

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Samstagsausgabe
1924

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wochenpreis: 10 Pfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Nicht-Entnahme der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung behält sich Anzeiger auf Rückzahlung. - Für telegraphisch erteilte Nachrichten wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 33.

Altensteig, Freitag den 8. Februar.

Jahrgang 1924

Der Fall Kahr.

„Der Fall Kahr“ ist der Titel einer Schrift des Staatsrechtlers an der Münchener Universität, Karl Rothenbücher, die sieben im Verlag von Mohr in Tübingen herausgegeben ist. Rothenbücher hebt die Tatsache hervor, daß zwar die meisten Teilnehmer am Hitler-Putsch in Untersuchungshaft saßen, daß aber der Mann, gegen den der bringende Verdacht der Mitäterschaft an dem Hochverrat bestehe, weder unter Anklage gestellt sei, noch daß er die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt habe. Vielmehr hat er als Generalkommissar Ausführungen und dem ihm unterstellten Staatsanwalt Weisungen zur Verfolgung seiner früheren Verbündeten erteilt.

An der Hand aller bisher veröffentlichten Darstellungen und Erklärungen untersucht der Verfasser das im höchsten Maße widerspruchsvolle Verhältnis Kahr's. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Kahr, nachdem Hitler im Bürgerbräukeller den Vorschlag gemacht hatte, die Statthalterchaft für die Monarchie anzunehmen hatte und dann auch ernsthaft mittat, weil er seinem Ziele, nämlich der Wiederherstellung des Königtums, nachkam. Rothenbücher erklärt, es sei völlig unglaubhaft, daß der Monarchist Kahr nur um „Komödie zu spielen“ über „mit möglichst wenig Verständnis“ sich mit dem verwerflichen und ansichtslosen Putsch eines Abenteurers verbunden habe. Was aber Kahr ernsthaft mit dem Hitlerunternehmen habe betreiben wollen, das war, daß er geraten hat, man möge gleich am Anfang dieser Bewegung das Banner des Wittelsbacher Königtums aufrichten und in dem neu zu gestaltenden Deutschen Reich immerfort das unantastbare Recht des Königs von Bayern sicherstellen. Vielleicht hat auch Kahr mit dem Mischen des Putsches gerechnet.

Rothenbücher weist nach, daß Kahr selbst nie grundsätzlich ein Zusammenwirken mit Hitler ausgeschlossen habe, er erinnert an die Erklärung Kahr's für die Einigkeit mit Hitler-Ludendorff in den Zeiten, an die wohlwollende und schützende Behandlung der Nationalsozialisten durch Kahr usw., jedoch niemand in der Bürgerbräukeller-Verammlung durch den Anschlag Kahr's überrascht worden sei. Rothenbücher macht auf die Tatsache aufmerksam, daß zwischen der Rückkehr Kahr's in das Regierungsgeschehen, also spätestens um 11 Uhr abends, und der Stellungnahme Kahr's gegen Hitler mehrere Stunden lagen. Daß Kahr während dieser Zeit noch ganz ernsthaft als Teilnehmer wirkte, zeigte sich da in, daß er mit Böhner und Fritsch verhandelt habe. „Man kann nicht annehmen, daß Kahr die Verstellungskunst so meisterhaft zu üben verstand, daß er es vermocht hat, seinen früheren Mitarbeiter Böhner zu täuschen.“ Man denke: um 9.45 Uhr abends gibt Kahr eine Erklärung ab. „Erst gegen Mittag des folgenden Tages wird langsam die Deffektivität über die „wahre“ Haltung Kahr's unterrichtet, trotzdem unverändertlichermassen zum mindesten die militärischen Machtmittel Kahr's zur Verfügung standen und Beschlagnahmen zu jeder Zeit durchgeführt werden konnten. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß diese schwere Unterlassung nur die Folge technischer Schwierigkeiten sein sollte. Nur durch tatsächliche Angaben, die bis jetzt erfolgt sind, kann Kahr den Verdacht entkräften, daß er einen Verfassungsbruch hat verüben wollen und nur langamer, vielleicht später als Hoffow, sich entschlossen hat, hiervon abzugehen.“ Wenn man glauben wollte, die Erklärungen Kahr's am 8. November seien nur Lug und Trug gewesen, so würden auch in diesem Falle auf seinem Verhalten noch schwere Flecken haften bleiben.

Nach dieser Würdigung des tatsächlichen Verhaltens des Generalkommissars beschäftigt sich die Broschüre mit der richterlichen Seite des Falles und stellt fest, daß Kahr entschlossen war, an dem Hochverrat teilzunehmen, und an einer Ausführungshandlung teilgenommen hat. Der „Rücktritt“ Kahr's könne ihn nicht befreien. Es ist zum mindesten noch unauferklärt, ob er das Unternehmen, die Statthalterchaft der Monarchie an sich zu reißen, aufgegeben habe. Kahr's „Rücktritt“ könne zwar strafmildernd in Betracht gezogen werden, vermöge ihn jedoch nicht straflos zu machen.

Rothenbücher erwartet von dem Gericht Aufklärung über die Verhandlungen zwischen Kahr und Hitler-Ludendorff und darüber, ob Kahr auf trockenem Wege eine Umwälzung in Deutschland habe herbeiführen wollen. Eine Berufung auf das Amtsgeheimnis in die-

sen Dingen könne nicht in Frage kommen. Durch seine Beteiligung an dem Unternehmen Hitlers, insbesondere durch die Übernahme der „Statthalterchaft für die Monarchie“ habe Kahr seine Amtspflicht schwer verletzt und seinen Eid gebrochen.

Renten und Kapitalabfindung in der Unfallversicherung.

Im Reichsarbeitsministerium ist vor Kurzem der Entwurf einer Verordnung über Renten und Kapitalabfindung in der Unfallversicherung ausgearbeitet worden. Dieser Entwurf ist inzwischen dem Ausschuss des Reichsrates und den Mitgliedern des Fünfzehner-Ausschusses des Reichstages zugegangen. Bei der hohen Bedeutung der Unfallversicherungen ist es notwendig, die Grundgedanken des Entwurfes in aller Deffektivität zu besprechen.

Zunächst hat der Entwurf den Plan aufgestellt, die kleinen Renten unter 20 Prozent der Erwerbunfähigkeit einfach in Fortfall kommen zu lassen. Eine Abfindung für den Verlust der Renten soll nicht gewährt werden. Diese Absicht des Gesetzgebers zeigt sich auf eine Deffektivität des Reichsarbeitsministeriums vom 3. Juli 1923, wo gesagt wird, daß die Belegten, die weniger als ein Drittel ihrer Erwerbunfähigkeit verloren haben, trotz ihrer Verletzung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einer Beschränkung kaum unterliegen. Trifft das zu, dann ist eine Notwendigkeit des Rentenbezuges für den Verlust von weniger als ein Drittel der Erwerbunfähigkeit nicht gegeben und deshalb glaubt der Gesetzgeber keine Hilfe aufkommen zu lassen, wenn er die Renten unter ein Viertel der Erwerbunfähigkeit einfach in Fortfall kommen läßt.

Als zweiter und wichtiger Gesichtspunkt der Verordnung muß hervorgehoben werden, daß in ihr die Möglichkeit vorgesehen ist, die Renteneinzüger bei einer Erwerbunfähigkeit bis zu 30 Prozent mit Kapital auch ohne ihre Zustimmung und bei einer Erwerbunfähigkeit bis zu 50 Prozent nur mit ihrer Zustimmung abfinden zu können. Hiermit soll den Berufsvereinigungen ein Mittel gegeben werden, die eigenen Finanzen zu sanieren. Die Höhe der Kapitalabfindung ist in dem Entwurf derart geregelt, daß die Abfindungssumme in einem dem Wert der Jahresrente entsprechenden Kapital bestehen soll.

Mit der Kapitalabfindung kann man sich einverstanden erklären. Nicht aber mit der Errechnung der Jahresrenten, die nach typisierten Jahresarbeitsverhältnissen geschätzt werden soll. Dadurch wird keinerlei Rücksicht darauf genommen, ob der Verletzte während seiner Berufstätigkeit eine hochqualifizierte Arbeit mit entsprechend höherer Entlohnung durchgeführt hat oder nicht. Hierin ist eine unbillige Härte zu sehen gegenüber verunglückten Betriebsleitern, ja auch gegenüber hochqualifizierten Handarbeitern, die ihre Erwerbunfähigkeit bei ihrer Arbeit erlitten haben. Die Rücksicht auf die Finanzlage der Berufsvereinigungen darf auf keinen Fall so weit gehen, daß der verletzte qualifizierte Arbeitnehmer mit einer Rente oder mit einem Kapital abgefunden wird, wie bei ungelerten Arbeitern.

Eine neue Partei.

Die Zerfahrenheit und Ziellosigkeit unseres Parteiensystems kommt so recht darin zum Ausdruck, daß sich angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen bei fast allen Parteien Bestrebungen auf Spaltung zeigen. So hat sich in diesen Tagen zwischen der Demokratie und der Sozialdemokratischen Partei eine Gruppe gebildet, die unter dem Namen Republikanische Partei Deutschlands sich mit einem programmatischen Aufruf der Deffektivität vorstellt. Die Bildung der neuen Partei geht, soweit man bisher übersehen kann, von einigen verstreuten Überlebenden der Nationalsozialisten aus, die sich um die Redaktion der Berliner Volkszeitung gesammelt haben und mit einem scharfen Einschlag von kosmopolitisch und pazifistisch eingestellten Intellektualismus eine Art Kaffeehaussozialismus betreiben will. Jedenfalls steht die Gruppe dem sozialistischen Denken näher als dem individualistischen. Der erweislich in dem Aufruf der Gruppe ist das kräftige Bekenntnis zum Unitarismus, das einer starken, vielschichtig unterrichteten Volksmeinung Rechnung trägt und offenbar der Hauptföder bei der Werbearbeit sein soll. Es heißt da unter anderem:

Die Partei fordert die Neuordnung des Reichs auf konsequent unitarischer Grundlage. Sie verwirft den föderalistischen Einschlag der Weimarer Verfassung. Ziel bleibt die deutsche Einheitsrepublik, gegliedert in Wirtschaftsgebiete mit weitgehender Selbstverwaltung in Außenpolitik, Landesverteidigung, Währung, Rechtspflege, sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Grundfragen des Bildungswezens und des Verkehrswezens können nur zentral wahrgenommen werden. In allen übrigen Fragen ist weitgehende Selbständigkeit der kleinen Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Steuerhoheiten sind verengt abzugrenzen, daß die finanzielle Selbständigkeit des Reichs gesichert ist, und daß jedem Selbstverwaltungskörper diejenige Maß von eigenen Einnahmen zuschießt, dessen er bedarf, um die ihm zufallenden Aufgaben ohne fremde Hilfe und namentlich ohne Reichszuschüsse zu erfüllen. Gegenüber den sogenannten berechtigten Eigenarten der Stämme, deren demonstrative Verornung, wie die Erfahrung gezeigt hat, durchaus eine Angelegenheit der monarchistischen Agitation ist, appelliert die Partei an den Geist des einen ungeteilten deutschen Volkstums. So wird sie an das Einigungswort anknüpfen und jene unitarischen Pläne verwirklichen, deren Durchführung in Weimar nach den ersten Anläufen kläglich scheiterte. Sie bekennet sich darüber hinaus grundsätzlich zum großdeutschen Gedanken. Alle ihre Arbeit wird gerichtet sein auf die Vereinigung aller Brüder deutscher Sprache in dem einzigen Deutschen Reich als Gestaltwerdung der Träume und Hoffnungen der alten deutschen Einigungskämpfe usw.

Unter den Unterzeichnern findet man u. a. die Namen Dr. h. c. Wilhelm Bosh, Stuttgart, Major Endres, Stuttgart, Walter Rehring, Friedrich v. Unruh und Professor Eiler-Somlo, Köln. Das Schicksal der neuen Partei dürfte, wie die „Köln. Ztg.“ sagt, über kurz oder lang eine Verschmelzung mit dem nach rechts gehenden Flügel der Sozialdemokratie nach der unvermeidlichen Spaltung dieser Partei sein.

Neues vom Tage.

Der Kampf um die dritte Steuernotverordnung.
Berlin, 7. Febr. Im Fünfzehnerausschuss des Reichstages begann die Beratung der dritten Steuernotverordnung. Wie die Blätter melden, begegnet die Verordnung sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den Demokraten heftiger Gegner. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe sich am 17. Januar dafür ausgesprochen, daß Fragen, wie sie in der 3. Steuernotverordnung geregelt werden sollten, nicht auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, sondern auf dem Weg der ordentlichen Gesetzgebung ihre Erledigung finden. Laut „Vorwärts“ hält die Sozialdemokratie weiter an diesem Beschlusse fest. Zwischen den Steuerfachverständigen der demokratischen Reichstagsfraktion und der sozialdemokratischen Fraktion fanden im Reichstag Verhandlungen über die Verordnung statt. Die Demokraten stellten sich ebenso wie die Sozialdemokraten auf den Standpunkt, daß die Hypothekenaufwertung nicht durch eine Verordnung, sondern durch ein Gesetz geschehen müsse.

Berlin, 7. Febr. Der Reichsrat beschäftigte sich in seinen Ausschüssen mit der dritten Steuernotverordnung, insbesondere mit der Frage der Hypothekenaufwertung. Abänderungsanträge der einzelnen Länder, die teilweise eine grundlegende Änderung dieser Frage enthielten, wurden abgelehnt und der zehnprozentigen Hypothekenaufwertung zugestimmt.

Lösung der Kölner Eisenbahnfrage?

Paris, 7. Febr. Zu den französisch-englischen Verhandlungen wurde am Quai d'Orsay erklärt, daß in der Frage der Kölner Eisenbahnzone eine Lösung erzielt sei. Darnach hätte die englische Behörde in allen Punkten der französisch-belgischen Regie recht gegeben.

Tschechische Außenpolitik.

Prag, 7. Febr. Im Außenamt des Wl. Reichstages sagte Minister Dr. Beneš u. a.: Wir treten in eine neue politische Periode ein, die mit der Einsetzung einer sozialistischen Regierung in Rußland beginnt und mit der Anerkennung Rußlands durch England und Italien, mit der Vorbereitung neuer Verhältnisse in Frankreich, die wahrscheinlich den definitiven Versuch eines französisch-deutschen und damit auch eines französisch-englischen Ausgleichs bedeuten und schließlich mit der Vorbereitung einer teilweisen Detachmenta

Amerikas an der Wirtschaft- und Finanzpolitik Europas ihre Fortsetzung findet. Der Minister widerlegte sodann die politischen Einwendungen, die gegen den Vertrag mit Frankreich erhoben wurden und sagte, der Vertrag soll angeblich antideutsch sein. Er unterläge angeblich den französischen Imperialismus. Demgegenüber verweist der Minister auf seine Erklärung, daß eine Einigung Deutschlands mit Frankreich näher ist, als Kritiker annehmen. Ueber das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland sagte der Minister, es sei heute schon stabilisiert und werde auch in Zukunft eine Garantie des Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten sein. Die Tschechoslowakei sei der erste Staat gewesen, der nach dem Waffenstillstand mit Deutschland einen Handelsvertrag abschloß. Die deutschen Beziehungen sind gut, loyal und korrekt. Das Reparationsproblem verbinde die Interessen der beiden Länder.

Um die dritte Steuernotverordnung.

Berlin, 7. Febr. Die Ausschüsse des Reichsrats setzten in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Luther die Beratungen der 3. Steuernotverordnung fort. Die Regelung des Steuerausgleichs zum Reich, den Ländern und Gemeinden rief lebhafteste Meinungsverschiedenheiten hervor. Es wurden zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Der 15er Ausschuss des Reichstags, der die Steuernotverordnung im Anschluß an die Erörterung im Reichsrat beraten soll, ist am nachmittags einberufen. Auch bei den Parteien des Reichstags sind die Widerstände gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen sehr groß. Nachdem die Sozialdemokraten und Demokraten ihre Stellungnahme bereits präzisieren haben, sollen jetzt die Deutschnationalen und die Kommunisten eingeschlossen sein, die Verordnung nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags zu Fall zu bringen.

Abschluß der Sachverständigenuntersuchung.

Berlin, 7. Febr. Der erste Ausschuss der Sachverständigen wird seine Arbeiten voraussichtlich am Samstag beenden. Die Sachverständigen werden dem Reichskanzler noch einen Besuch abstatten. Das Ergebnis ihrer Beratungen wird in einem Bericht niedergelegt werden, der im Anschluß an die in Paris fortgesetzten Beratungen zusammengestellt und dann den alliierten Mächten überreicht wird.

Berlin, 7. Febr. Mac Kenna ist nach London abgereist. Die übrigen Mitglieder des zweiten Ausschusses werden Freitag abend Berlin verlassen.

Italien und die deutsche Frage.

Rom, 7. Febr. Die „Stampa“, das Organ des früheren Vorkämpfers in Berlin, Frassati, betont, die italienische Politik stehe gegenüber Deutschland bald vor Entscheidungen. Italien müsse hier unbedingt mit England gehen, um die Franzosen zur Lösung der Verträge zu zwingen, und eine gerechte Lösung der deutschen Frage herbeizuführen, sowie das Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen.

Spanien und das Tanager-Abkommen.

Paris, 7. Febr. Die Tanager-Konvention wird Freitag nachmittags 5 Uhr von den spanischen Bevollmächtigten im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten unterzeichnet werden. Durch die Unterschrift der spanischen Bevollmächtigten werden die von Spanien bisher aufrecht erhaltenen Vorbehalte hinfällig.

Noch ein amerikanischer Sachverständiger?

New York, 7. Febr. George Whaley, ein Mitglied der Bankfirma Morgan, der als ein bedeutender Kenner des deutschen Bank- und Finanzwesens gilt, ist nach Europa abgereist. Man nimmt an, daß er aufgefordert worden ist, dem Sachverständigenausschuß des Generals Dawes bei Abfassung seines Berichts beratend zur Seite zu stehen.

Es ist eine sichere Erfahrung, daß, je haltloser ein Mensch ist, desto heftiger wird er von jeder Strömung fortgerissen. Je mehr aber Klarheit des Geistes und Stärke des Charakters vorhanden ist, desto mehr bleibt der Mensch Herr seiner Richtung und überläßt sich nicht, sondern wählt sich in allem. **Ab. Stolz.**

Die Bauerngräfin.

Roman von Fr. Lehne.

86 (Nachdruck verboten.)
 „Die geborene Krause tanzt,“ hört er da neben sich flüstern, es war die Komtesse Adlersheim, „sieh nur, Mama, wie maßlos und bacchantisch! Und dazu diese ausfallende Toilette! Unerträglich, wie sie mit Edringen flirrt! Erzellenz hat schon recht — in ihrer Nähe wittert man —“
 Graf Landenberg sah nach der Sprecherin, die jetzt erschreckt verstummte und sich beiseite drückte.
 Wieder sog das Paar an ihm vorbei, und eine rasende Eifersucht erfaßte ihn auf den Freund, dem es vergönnt war, Rosemarie in den Armen zu halten. Finster zogen sich seine Augenbrauen zusammen; jaß körperliche Qual empfand er.
 Der Tanz war zu Ende.
 Mit leicht gerötetem Gesicht kam Rosemarie an Edringens Arm daher. Drei oder vier der Herren hielten sie auf; sie lachte, wehrte ab, nicht lächelnd.
 „Ah, Hans Edardt!“ sie hatte den Gatten erblickt.
 „Ich möchte dich um den nächsten Tanz bitten, Rosemarie.“
 „O, die beiden nächsten Tänze hab' ich schon vergeben,“ sagte sie bedauernd, „nicht wahr, Durchlaucht? Aber danach soll eine Quadrille getanzt werden; die hab' ich für dich auf. Du sagst ja einmal, du bist kein besonderer Freund von Rundtänzen.“
 Er verstand sie sehr gut — sie wollte nicht mit ihm tanzen, wollte seiner Berührung ausweichen. Aber das sollte ihr nicht gelingen.
 Edringen lächelte ihr die Hand.
 „Meinen Dank, Gräfin, und der Tanz nach der Quadrille gehört wieder mir! Eine solche Partnerin sichere ich mir rechtzeitig! Deine Frau, Hans Edardt, ist die beste Tänzerin, die ich je habe führen dürfen.“
 Sein madonnenhaftes junges Gesicht strahlte in Begeisterung. Unabdingt wünschte eine Erfrischung? Erlauben Sie mir, sie Ihnen zu bringen.“
 Finster sah Hans Edardt seine Frau an. „Sehr gültig daß du mir wenigstens die Quadrille reservieren willst.“
 „Liegt dir an einem andern Tanz? Verzeih, ich wußte das nicht!“ sagte sie leichtsin. Sie schien seine Erregung gar nicht zu bemerken. Mit lebhaftem Dant nahm sie jetzt Edringen das Tellerchen voll Zitroneneis ab, das der ihr gebracht.
 Die Klänge zum nächsten Tanz ertönten, und Rosemarie wurde den Herren weggeholt.
 Nach wenigen Minuten forderte Hans Edardt sie ihrem Tänzer zu einer Extratour ab. Er lächelte ihr Ergeben, als er den Arm um sie legte und sie fester als nötig an sich drückte. Wie ein Kausch erfaßte es ihn, als er den weichen, schönen Frauenkörper an seiner Brust hielt — zum erstenmal, seit sie ihm anvertraut war.
 Er suchte ihren Blick; doch beharrlich hielt sie die Lider gesenkt. Ihr Gesicht war wie erstarrt, fest lagen ihre Lippen aufeinander; er merkte, wie sie von ihm fortstrebte. Doch mit eisernen Armen umschloß er sie, er hatte alles vergessen, was zwischen Ihnen war, daß er selbst es gewesen, der eine Schranke aufgerichtet hatte, die unübersteiglich war! Ihre unbeschränkte Güte hatte ihn bezwungen.
 Als er sie ihrem Tänzer freigegeben mußte, atmete sie tief auf; sie sah ihn nicht an, während er ein Dankeswort sprach.
 Carina Woldek, die Generalin, trat ihm da in den Weg. „Ah, lieber Graf, auch Sie huldigen dem Tanzsport? Ich muß gestehen, ich habe nicht viel dafür über. Es erscheint so sinn-, so geistlos, dieses Herummirbeln im Kreise — nichts für gereifte, ältere Menschen.“
 Er lächelte ein verbindliches Lächeln.
 „Achtete! Und dieses Wort wenden Erzellenz auf sich an?“
 Sie suchte die Köpfe.
 „Je nun — wenn man nach seinen Erfahrungen rechnet — seit zwei Jahren bin ich Witwe.“ Durch ein einladende Handbewegung forderte sie ihn auf, neben ihr Platz zu nehmen, und er mußte ihrem Gebot folgen. Es reizte sie,

Württembergischer Landtag.

Eine Steuerdebatte.

Stuttgart, 7. Febr.

Am Donnerstag begründete Abg. Dr. Schermann (Zentr.) im Landtag seine Große Anfrage über die Ungeeignetheit des Wehrbeitragswertes von 1913 als Grundlage für neue Reichsteuern. Der Aufbau der Steuern auf der Wehrbeitragsveranlagung, durch die Süddeutschland und besonders Württemberg benachteiligt werde, sei ungerecht. Heissen kann nur eine durchgreifende Steuerveranlagung.

Finanzminister Dr. Schall: Die württembergische Regierung hat von jeher erklärt, daß die Veranlagung zum Wehrbeitrag von 1913 keine geeignete Grundlage für weitere Reichsteuern sei. Trotzdem hat das Reichsfinanzministerium unseren wiederholten Anträgen auf sofortige Revision der Wehrbeitragsveranlagung keine Folge gegeben. Nun ist in der zweiten Steuernotverordnung eine Verichtigung des Wehrbeitragswertes vorgesehen.

Die Zentrumsfraktion hat den Antrag eingebracht, zu erklären, daß die Wehrbeitragsveranlagung als Grundlage für neue Steuern sofort endgültig aufgegeben werden soll.

Abg. Ströbel (B.V.): Man bekommt eine tolle Wit, wenn man sieht, daß in Württemberg das Doppelte, ja das Dreifache bezahlt werden muß von dem, was in Norddeutschland bezahlt wird. Ähnliches zeigt auch ein Vergleich mit Bayern. Nur Württemberg und Baden haben den zweifelhafte Ruhm, die meisten Steuern zahlen zu dürfen. Der Redner beantragt, daß 1. der Wehrbeitragswert künftig nicht mehr als Grundlage für neue Steuern herangezogen wird, 2. daß der Wehrbeitragswert sofort berichtigt wird, 3. daß die infolge unrichtiger Veranlagung auf der Wehrbeitragsgrundlage zu viel bezahlten Steuern zurück-erstattet werden.

Dieser Antrag wird zugelassen (dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten); nicht die erforderliche Unterstützung findet aber ein weiterer Antrag Ströbel, die württembergische Regierung zu ersuchen, die in der Verordnung vom 23. Januar 1924 festgesetzten Katastersteuern auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. Nicht zugelassen wurde auch ein Antrag Winter (Soz.), daß den neuen Besitzsteuern der gemeine Wert zugrunde gelegt werden soll.

Abg. Andre (Zentr.) weist auf den für Landwirtschaft und Gewerbe fast unerträglich gewordenen Steuerdruck hin und betont, daß der Unmut der Bevölkerung sich namentlich auch gegen die Steuerhäufung richtet.

Abg. Winter (Soz.): Der finanzielle Zusammenbruch falle mit der Aera Hermes zusammen. Angesichts des Verhältnisses der Leistungen der Lohn- u. Gehaltsempfänger zu denjenigen des Besitzes (im Jahr 1923 betrug dieses Verhältnis 80:20) sei das Gesamtmaß über den Steuerdruck, der auf Landwirtschaft und Gewerbe laste, geradezu unerschöpflich.

Abg. Spieß (Dem.): Die Oberländer Abgeordneten werden mit Beschwerden und Klagen geradezu bestärmt mit dem Hinweis, daß drüben in Bayern ganz erheblich weniger Steuern bezahlt werden, als in Württemberg. Diese Klagen seien berechtigt.

Abg. Mittwich (Komm.) lehnt die vorliegenden Anträge ab. Abg. Gausler (Zentr.) wendet sich gegen Hebergriffe und Willkürlichkeiten der Finanzämter. Abg. Aug. Müller (B.V.): Die Landwirte zahlen gern Steuern, wenn sie aber sehen, wie die letzten Jahre her in Deutschland gewirtschaftet wurde, so ist es kein Wunder, wenn sie für eine derartige Landwirtschaft nicht mehr geben wollen, als unbedingt nötig ist. (Präsident Walter rügt den Ausdruck „Landwirtschaft“.) Abg. Andre (Zentr.) polemisiert gegen die Rechte.

Abg. Pfleger (Soz.): Das ganze Verhalten der Rechten zeigt, daß sie sich zurückziehen nach den Felten des schändlichen Dreiklassenwahlrechts in Breunlen und

nach der Interregierung (Ausruf des Abg. Zingler: Und Ihre Judenregierung?)

Es sprachen noch die Abg. Adorno (Zentr.), Adner (B.V.), Bides (B.V.), Winter (Soz.) und Andre (Zentr.), sowie der Antragssteller Schermann (Zentr.). Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Freitag 9 Uhr: Kirchengebet.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 8. Februar 1924.

* **Einlösung wertbeständigen Notgeldes.** Wie wir erfahren, nimmt die hiesige Bank und die hiesige Stadt Spar-Last das wertbeständige württ. Industrie- und Handelsgeld, das auf 15 Febr. nur auf 15 ist, nur noch bis zum morgigen Samstag an. Eber solange nur noch das wertbeständige Geld der bad. Handelskammern.

Gemeinderatssitzung am 6. Februar. Anwesend der Vorsitzende und 12 Gemeinde-Mitgl. Ein Stengen- und ein Brennholzkauf (Anschlag 3395 Mk., Erbs 3785 Mk.) werden genehmigt, ebenso wird der Zuschlag bezüglich einiger kleiner Stammholzstücke zum Preise von 115 Prozent erteilt. Ein Stammholz ist im Hofstrahlwald soll für die Waldschloßpelle Verwendung finden. Die Ausführung der letzteren nach dem vorliegenden Plan von Professor Schuler wird genehmigt. — Das Stadtbauamt legt den Plan betr. Erweiterungsbau des Rathauses durch Einbeziehung des ehemals Köder Brennen'schen Hauses vor. Es sind Konzession vorzulegen im Erd-, 1. Stock für die Stadtpflege und das Grundbuchamt, sowie ein Saal für Verkäufe und Verhandlungen, im 1. Stock 2 weitere Konzessionen für das Stadtschultheißenamt und im Dachstock eine 3 Zimmerwohnung. Der Plan wird genehmigt. Die Ausführung soll in Angriff genommen werden, sobald die Mittel hierzu bereit gestellt sind. Zur Finanzierung dieses Bauwerks, von Straßenbauten etc., sowie zur Abtragung bereits bestehender schwedischer Verbindlichkeiten ist die Aufnahme einer Schuld bis zum Betrag von 50000 Mk. nötig, deren halbe Hälfte Uebertragung versucht werden soll. — Durch die Wahl des Oberstleutnants zum Ortsvorsteher in Elhausen ist dessen Stelle erledigt. Als Nachfolger kommt Verwaltungsrat Kurt Kraft in Gorb in Betracht, sofern seine persönliche Vorhaltung befriedigt. — Für die Stadtpflege ist schon im vorigen Herbst die Anstellung eines Verwaltungs-Praktikanten genehmigt worden, dem der rückständige Abschluß einiger Jahre, ange Stadtpflege-Rechnungen ablegen muß; wegen Gewerbenmangel blieb die Stelle unbesetzt. Neudings ist eine Bewerbung eingelaufen und wird die Stelle dem Verw. Prakt. Bauwam in Krackeln u. L. übertragen. Eine inzwischen angefallene Hilfskraft kommt zur Entlassung. — Den Gewerbesteuern in hiesiger Stadt wird zu ihrer Arbeitslosenunterstützung ein Zuschlag von täglich 40 Pfg. aus der Stadt-Lasse bewilligt.

— **Reichsindexziffer.** Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) belief sich nach den Feststellungen des Stat. Reichsamtes für Montag, 4. Februar auf das 1,046-fachere der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,065 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,9 v. H. zu verzeichnen.

— **Die amtliche Großhandelsindexziffer.** Die auf den 5. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Stat. Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stand vom 29. Jan. (114,8) einen Rückgang um 0,8 v. H. auf 113,9, der vorwiegend durch die nachträglich bekannt-gegebene Herabsetzung der Eisenpreise sowie eine weitere Preisenkung bei den Nahrungsmitteln bewirkt wurde.

— **Mein Ausruf des Eisenbahnnotgeldes.** Nachdem in der letzten Zeit auf Papiermarkt lautendes und wertbeständiges Notgeld der Länder, Gemeinden usw. auf-

ein wenig mit ihm zu flirten, schon darum, seine junge Frau, die „geborene Krause“, zu argern. Außerdem gestiel er ihr in seiner blonden, ernten wünschiger. Und er burste der Schwefel seines Duetz wirtlich nur so ungezogen begegnen, wie seine Frau es sich herausgenommen.

„Ein jahveres, bedauerndwertes Weisad, das Erzellenz in so jungen Jahren auferlegt worden ist!“ entgegnete er in höflicher Teilnahme.

„Man muß sich damit abfinden. So gut wie Sie freilich hat es nicht jeder — Sie, der Sie noch im Dornmond sind.“ Die Lider lagen halb über ihren schmalen Augen, während sie ihn fixierte. „Uebrigens: Ihr junge Sattler ist von einer beneidenswerten Frische und Unwüchsigkeit, ich beglückwünsche Sie dazu.“ Sie zog die sehr roten Lippen von den Zähnen, ein Köpfelein damit andeutend. „Für Edringen scheint ganz entzückt. Sind Sie nicht eifersüchtig, lieber Graf? Man sieht ihr nicht an, daß sie aus dem Bauernstande stammt, wie sie mir vorher erzählt hat, — was war sie doch dafür eine geborene? Sie nannte mit den Namen, ich hab' ihn aber vergessen.“

Er wurde dunkelrot vor Zorn über ihre süßsante Art, mußte aber doch höflich bleiben.

„Meine Frau hieß Rosemarie Krause, Erzellenz,“ sagte er frei und großmütig.

„So, so — ach ja.“

Die Erzellenz lehnte sich in ihrem Stuhl zurück; ihre langfingerigen, blaffen Hände spielten mit den großen, dunkelblauen und gelbblauen samtigen Stiefelmitteln an dem Ausschnitt ihres maitilla Kleides.

Mit schrägem Blick sah sie ihn an. Sie sind jedenfalls sehr glücklich, Graf, im Besitz einer so originellen Frau, die so erfrischend wirkt! Man meint, die fröhliche Landluft in ihrer Nähe zu spüren. Mich interessieren junge Ehepaare, und gleichzeitig rühren sie mich, da sie noch so voller Illusionen sind, die das Leben nachher doch so nach und nach abplättert.“ Sie seufzte leise und leidet.

„Warum sagen Sie mir das, Erzellenz?“

Sie beugte sich gegen ihn und lächelte ihn geheimnisvoll an. „Das werde ich Ihnen später verraten, lieber Graf, sehr nicht. O, weshalb blicken Sie so finstler?“ Und scherzend schlug sie mit ihrem Fächer auf seine Schulter.

(Fortsetzung folgt.)

geant worden ist, sind, so heißt es in einer Mitteilung der Reichsbahndirektion, in der Öffentlichkeit Zweifel aufgetreten, ob auch das Eisenbahngesetz jeder Art hiervon betroffen wird. Demgegenüber wird erneut darauf hingewiesen, daß sowohl das nichtwertbeständige Holzgeld der Reichsbahn (einschl. der Güterseine der Reichsbahndirektion), wie auch das wertbeständige Eisenbahngeld bis auf weiteres nicht aufzurufen werden und daher weiterhin wie gewöhnliche Zahlungsmittel im Umlauf bleiben.

Calw, 7. Febr. Die Milchlieferung hat sich in letzter Zeit gebessert. Die Butterbereitung und die Milchverarbeitung hat es z. B. bedeutend nachgelassen. Man hofft allerdings, daß mit Eintritt der Grünfrucht die Zwangsverordnungen für Milchviehhaltung aufgehoben werden können. Namentlich ist natürlich, daß überall zu gleicher Zeit auch in den benachbarten badischen Orten die Zwangsweidwirtschaft verschwindet und der Milchvieh dem freien Markt überlassen wird. Die Preisverhältnisse sind jetzt auch infolge günstig, als wieder manche Farmer sich für den Landbesitz bereit erklären, die Milch in den Stallungen zu sammeln und in die Städte im Austerhandel zum Verkauf zu bringen. Die Milch zu erkalten werden sich mit Anwendung von Eiskühlern auch wieder vereiteln. Ein hiesiger Landwirt, der keine Pächter auf einem Grundstück besitzt, hat von der Stadt untergebracht, wurde dadurch schwer geschädigt, daß ihm 25 Pächter durch einen Richter befestigt wurden. Die Sache kam aber an den Tag und der Richter kann sich eine solche Rechnung gestiftet machen. Die Hofen haben in diesem Winter schweren Schaden an den Sämen erlitten. Die jungen Kühe welche nicht durch Strohstreu geschützt oder eingebaute waren, wurden teilweise durch Wühlkäfer abgetötet. Die Hofen kamen in die Gärten bis an die Säulen heran.

Freudenstadt, 7. Febr. (Der Reichskrieg wieder in Tätigkeit.) Das Schneewetter hat sich den gestrigen Tag und teilweise in vergangene Nacht mit Unwetterbedingungen fort, so daß der Verkehr wieder in Tätigkeit treten muß. Die Schneesassen sind wieder so stark wie im Dezember.

Stuttgart, 7. Febr. (Das Postfinanzgesetz.) Der Finanzminister hat die Frage der Ausführung des § 14 des Reichspostfinanzgesetzes. Die Postverwaltung hat die Absicht, das Vermögen der Reichspost, der Telephon- und Telegraphenverwaltung aus dem eigenen Etat herauszunehmen und getrennt zu verwalten. Die Vertreter der einzelnen Fraktionen erklärten sich im allgemeinen zustimmend zu den bisherigen Verhandlungen. Ein Antrag Pfälzer (Soz.) fand Annahme gegen die Stimmen der Rechten: Der Finanzminister nimmt von der Mitteilung der Regierung in der Frage der Ausführung des § 14 des Reichspostfinanzgesetzes Kenntnis und billigt die Haltung, die seither von der württ. Regierung eingenommen wurde.

Leipzig, 7. Febr. Die Lebensmittelpreise erfahren ab morgen eine leichte Erhöhung: Aufschnitt kostet 40—45 Pfg. (jetzt 40), Kalbfleisch 75 (70) Pfg., Schweinefleisch 95 (90) Pfg. Die übrigen Fleischpreise bleiben unverändert.

Beilheim, 7. Febr. (Gerichtet.) Abends wollten vier Mädchen im Alter von 15—16 Jahren von der Fortbildungsschule über den gefrorenen Neckar nach Hause gehen. Plötzlich löste sich eine Eisplatte und die Mädchen verfielen bis an den Hals. Auf ihre Hilferufe kam Lehrer Buch herbei und rettete sie mit eigener Lebensgefahr.

Heilbronn, 7. Febr. (Der Dächer-Kletterer.) Ueber die Dächer entkam ein Einbrecher, der in die im dritten Stock eines Hauses in deriliansstraße befindlichen Räume eingedrungen war. Als er entdeckt wurde, stieg er durch ein Fenster auf das Dach und überstieg weitere Dächer der Nebenhäuser. Zuletzt ließ er sich in einem Lichtschacht durch einen Salmortale in das Treppenhäuser hinunter und entkam unangehalten ins Freie.

Mottweil, 7. Febr. (Der Aufrührerprozess.) Wegen Landesfriedensbruch, Angriff und Beschimpfung der Schupo, Stürmung des Rathauses in Mottweil usw. wurden etwa 25 Personen von Tuttingen vor die Strafkammer geladen. Die Verhandlung dauerte zwei Tage. Drei Angeklagte wurden zu je 6 Monaten und sechs zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Drei erhielten Geldstrafen von je 200 Mk., einer wurde freigesprochen, während gegen sechs Angeklagte das Verfahren eingestellt wurde. Ein weiteres Verfahren wegen Landesfriedensbruch gegen die Gewerkschaftssekretäre Fied, Lorenz und Wiewersfeld soll eingeleitet sein.

Verminderung der Zahl der Oberämter. In einem Artikel bespricht Staatsrat Hegelmaier, der Vorsitzende der Kommission der Staatsvereinfachung in Württemberg, das für und Wider der geplanten Verminderung der Zahl der Oberämter. Es wird darauf hingewiesen, daß, nachdem die neue Strafgerichtsorganisation eine Verminderung der Zahl der Gerichte nahelegte, es geboten erschien, gleichzeitig auch die eng damit zusammenhängende Frage der Verminderung der Oberämter anzufassen. Niemand könne ernsthaft bestreiten, daß seit der Einteilung des Landes in 68 Oberämter im Jahre 1817 die Verhältnisse sich grundlegend geändert haben. Schon allein zahlenmäßig haben sich viel größere Unterschiede der Bevölkerung herausgebildet. Unter den jetzt noch bestehenden 64 Oberämtern befinden sich zwei, Spaltingen und Sulz, die noch nicht 20000 Einwohner haben. Nach dem Wegfall von Conzstatt sind es noch 11 Oberämter, deren Einwohnerzahl in den Tausendern die Zahl 25 nicht übersteigt; 29 erreichen die Zahl von 30000 Einwohnern nicht; 19 haben 30—40000 Einwohner, 14 über 40000, 8 über 50000, 6 über 60000, 4 über 70000 und Stuttgart-Stadt 323000. Daß auch die wirtschaftlichen Verhältnisse,

namentlich durch Industrialisierung, sich grundlegend verändert haben, bedarf keines weiteren Nachweises. Jetzt, unter dem Druck der fürchterlichen finanziellen Notlage, erhebt sich die Forderung der Verminderung der Zahl der Oberämter nicht nur im Sinne einer ganz bedeutenden Vereinfachung der Geschäfte, der Bildung leistungsfähiger Ämter, sondern auch einer besseren Verteilung richtiger Arbeitverteilung und einer besseren zweckmäßigeren Verwaltung, sondern namentlich auch im Sinne recht bedeutender Ersparnisse. Eine nähere Prüfung zeigt, daß bei Aufhebung von etwa 12 kleineren Oberämtern keine wesentlichen baulichen Kosten entstehen, wohl aber die bisherigen Dienstgebäude für andere Zwecke frei würden, ferner, daß die Geschäfte der aufhebenden Oberämter von den Beamten der benachbarten Ämter ohne stärkeren Zuwachs besorgt werden könnten. Der zu ersparende persönliche und sachliche Aufwand wäre schon bei den Oberämtern selbst sehr erheblich. Zu weiteren Darlegungen werden dann die Gründe erörtert, die gegen eine Zusammenlegung sprechen. Dennoch kommt der Artikel zu dem Schluss, daß die Aufhebung von etwa 12 Oberämtern eine berechtigende Forderung der Zeit ist. Die Aufhebung von 21 Oberämtern, wie sie im Jahre 1911 vorgeschlagen wurde, oder von 26 Oberämtern, wovon jetzt neuerdings gesprochen worden ist, würde zu weit gehen. Dagegen wäre die Aufhebung von 12 Oberämtern praktisch durchführbar, ohne der Verwaltung über ihre Kraft gehende Aufgaben zu stellen. Gleichzeitig mit der vollen Aufhebung einer Reihe von Oberämtern sollte aber notwendig auch die Möglichkeit geschaffen werden, in anderen nicht betroffenen Oberämtern eine neue Bezirkszugehörigkeit bei solchen einzelnen Gemeinden vorzunehmen, die nach der Entwicklung der heutigen Verwaltungsstrukturen in die alte Verwaltungsabteilung nicht mehr passen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Sozialdemokratischer Parteitag. Der sozialdemokratische Parteivorstand beruft den nächsten Parteitag auf Sonntag, 30. März, nach Berlin, Gebäude des preussischen Landtags, ein.

Ein Volksbegehren der Mieter. Der Bund deutscher Mietervereine hat einen Antrag auf Volksbegehren für drei Gesetzesentwürfe beim Reichsminister des Innern eingereicht. Die drei Gesetzesentwürfe behandeln die Regelung der Wohn- und Bodenwirtschaft unter dem Kennwort: „Gegen die Goldmieten — für den Wohnungsneubau — und keine Aufwertung“.

Das Ende des Buchdruckerstreiks im Saargebiet. Die Organisation der streikenden Buchdrucker hat beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. 14 Tage lang sind keine Zeitungen erschienen.

Hamburg als Tagungsort des deutschen Bauerntags. Wie vom Vorstand der Deutschen Bauernvereine mitgeteilt wird, hat dieser beschlossen, den diesjährigen deutschen Bauerntag, der ursprünglich für München in Aussicht genommen war, mit der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hamburg abzuhalten.

Schleifung der Forts von Antwerpen, Brüssel und Namur. Das belgische Kabinett beschloß, die Forts der Festungen Antwerpen, Brüssel und Namur schleifen zu lassen.

Tarifserhöhung bei den französischen Bahnen. Der oberste Eisenbahnrat verhandelte über die von den Verwaltungen vorgeschlagenen Tarifserhöhungen. Das Defizit für 1924 wird auf 16½ Mill. Franken veranschlagt. Es wurde vorgeschlagen, die Personentaxen in der 1. Klasse um 50 Prozent, in der 2. Kl. um 48, in der 3. Kl. um 47 und die Gütertaxen um 12½ Prozent zu erhöhen. Die Vorschläge wurden schließlich mit 67 gegen 3 Stimmen angenommen.

Volksabstimmung in Griechenland. Wie aus Athen gemeldet wird, hat der neue Ministerpräsident, Konstantin, die Volksabstimmung, welche über Republik oder Monarchie entscheiden soll, auf 9. März festgesetzt.

Handel und Verkehr.

Amtl. Berliner Devisenkurse vom Donnerstag, 7. Febr. (Die Notierungen sind in Milliarden Mk. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4180,509 G., 4210,500 Br.

1 Goldmark: Briefkurs Berlin 1002,5.	
	Geld:
Amsterdam	1586,3 1593,9
Brüssel	173,5 174,4
Christiania	567,5 570,4
Kopenhagen	688,2 691,7
Stockholm	1107,2 1112,7
Italien	186,9 187,0
London	18154,5 18245,5
Paris	197,7 198,6
Schweiz	737,1 740,8
Spanien	538,6 541,3
Prag	122,7 124,4
Buenos Aires	1396,5 1403,5
D.-Oesterreich	0,0600 0,0603
Goldankauf	4200

Landesproduktionsbörse Stuttgart, 7. Febr. Die Stimmung auf dem Getreidemarkt ist etwas ruhiger geworden. Das dringende Angebot in Getreide von Norddeutschland hat nachgelassen. Es notieren 100 Kilo gesunde trockene Ware ab württ. Stationen (Großhandelspreise in Goldmark): Weizen 18,5—19, Sommergerste 17,5—18, Roggen, württ. 16,5—17; Haber 12—12,5; Weizenmehl Nr. 0 mit Zusatz von Auslandsgetreide 30—31; Brotmehl, mit Zusatz von Auslandsgetreide 27,5—28; Kleie 8—8,5; Weizenheu, württ. 7,75—8,25; Kleeheu 8,75—9,75; Stroh (drahtgepreßt) 5,50—6.

Mannheimer Produktionsbörse, 7. Febr. Weizen pro 100 Kilo, bahnfrei Mannheim, in Goldmark: Weizen 18,5—20,75, Roggen 16,25—16,75; Haber 13,5—14,5; Mais 18—18,5; Weizenmehl, Spez. 0 27,25—28,5; Roggenmehl 24,5. Tendenz ruhig, Umsatz klein.

Stuttgart, 7. Febr. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag waren zugeführt: 176 Ochsen, 44 Bullen, 200 Jungbullen, 157 Jungkinder, 125 Kühe, 562 Kälber, 510 Schweine, 3 Schafe. Verlauf des Marktes: Belebte. Preis pro Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig: Ochsen erste Qualität 32—34,5, zweite 31—33; Bullen erste 27—29, zweite 21—25; Jungkinder erste 34—36,5, zweite 28—32, dritte 22—25; Kühe erste 24—28, zweite 17—21, dritte 9,14; Kälber erste 44—47, zweite 41—43, dritte 34—38; Schweine erste 61—63, zweite 55—59, dritte 47—53; Hammel (geschl.) 50—55; Schafe 40—48.

Berliner Börse, 7. Febr. Bei sehr ruhigem Geschäft zeigte die Effektenbörse noch eine bemerkenswerte feste Haltung. Am Markt der inländischen Renten war die Tendenz eher etwas fester. Ganz besonderes Interesse wendet die Spekulation den Aktienwerten und vor allem denjenigen des unnotierten Marktes zu. Am Devisenmarkt hält sich das Geschäft nach wie vor in engen Grenzen. Geldmarkt unverändert.

Stuttgarter Börse, 7. Febr. Die Nachricht von der Aufhebung der Verordnung über die Zusammenlegung der Aktien bei der Umstellung auf Goldmark war von günstigem Einfluß auf die Kursbildung auf dem Effektenmarkt. Besonderen Einfluß hatte dies auf den Freiverkehrsmarkt. Bankaktien behauptet: Hypothekendarf umv. bei 3,5; Vereinsbank 5,25 (5,3). Spinnereien leicht abschwächend: Erlangen umv. bei 19, Kolb und Schüle 25,25 (25,9), Pflanze umv. bei 40, Erlangen 58 (59). Brauereien uneinheitlich: Brauhaus Ravensburg 6,9 (6,75), Wulle 13,25 (13,75). Durchweg fester war der Maschinen- und Metallmarkt: Daimler 5,9 (5,8), Hansa Metall 6,5 (5,8), Ehlingen Maschinen 14,5 (14), Kessler 6,25 (6,3), Württ. Metallwarenfabrik 60,5 (63). Nahrungsmittelaktien: Kaiser Otto umv. bei 4,25, Knorr 7,75 (7,6), Leibbrand 3,75 (3,25), Stuttgarter Zucker 7,6 (7,3). Uebrige Werte: Anilin 28,9 (28,75), Besser umv. bei 4,25, Zement Heidelberg 19,75 (19,5), Remmatt 2,7 (2,6), Adin-Rotweil 15,7 (15,9). Stuttgarter Straßenbahn umv. bei 12,5, Biegebühse Ludwigsburg 15,5 (15,75). — Der Freiverkehr gestaltete sich sehr lebhaft bei fester Tendenz.

Stuttgarter Marktpreise vom 7. Febr. Auf den Märkten blieben die Preise so gut wie unverändert. Nur Butter bester Beschaffenheit ist etwas billiger geworden. Fische sind sowohl in frischer wie geräucherter Ware sehr billig. Fett: Mollereibutter 180 (alles in Pfennigen), Tafelbutter 190, Schweinefleisch 70—74, Margarine 60, Kolosfett 60—70. Auch Käse war etwas billiger. Emmentaler 140—240, Schmelzer 140—160, Münster 180, Tilsiter 100—160, Edamer 190—200, Romatour 120—180, Pasteten 80—90. Südfrüchte: Orangen 7—20, Zitronen 4—8, Bananen 32 bis 40, kalifornisches Milchobst 95, Aprikosen 200. Fische: Schellfische 60, Kabeljau 40, Seelachs 30, Merlan 30—35, Goldbarsch 40, Rotzungen 60, grüne Herlinge 25—30, geräucherter Heringe 75, Goldbarsch 65 Pfg. das Pfd., Salzheringe 8 Pfg. das Stück.

Mannheimer Produktionsbörse, 6. Febr. Inländischer Weizen 19,25—19,75, inf. Roggen 17—17,5, Gerste 18,75—19,5, Haber 13,75—15, Weizenmehl Mühlenforderung 28,5—28,75, zweifelhändig 28, Roggenmehl Mühlenforderung 24,5—24,75, Kleie je nach Fabrikat 8,5—11, Trokenschnitzel 11—11,5, Vortreiber ohne Saad 12,5—13, Walzmeine ohne Saad 13—13,5, Weizenheu 9, gepr. Stroh 4,5—5, alles pro 100 Kilo, Mehl und Mühlenfabrikate mit, Getreide ohne Saad, Frachtparität Karlsruhe.

Stuttgart, 5. Febr. (Holzerlöse.) Die im Monat Januar aus dem Staatswalde erzielten Durchschnittserlöse betragen in Nadelholzkammholz: Fichten und Tannen (verkauft Menge 22700 Fm.) 115 Proz., Eichen u. Buchen (1800 Fm.) 117 Proz. der Landesproduktionsbörse (Dezember 120 bzw. 129 Proz.). Laubholzkammholz: Eichen 15 155, 2b 112, 3b 106, 4. 45 Mk. je Fm. Buchen: 3. 44, 4. 42, 5. 42 Mk. (keine nennen-werten Verkaufswerten). Nadelholzkammholz: Buchen 1a 213, 1b 157, 2. 98, 3. 66, Buchen 1. 84, 2. 56, 3. 39. Hopfenkammholz 1. 40, 2. 29, 3. 17, 4. 20, 5. 12 Pfg. je Sack. Popelholz gerupelt 1. 12,90 Mk., 2. 10,80 Mk., 3. 8,50 Mk. je Rn. Brennholz keine öffentlichen Kaufverträge.

Letzte Nachrichten.

Verkehrspolitik.

W.B. Stuttgart, 7. Febr. Die Strecke Sibratschhausen—Rempten ist wieder durch Schneeverwehungen gesperrt. Die Verbindung zwischen Pflanz und Sibratschhausen wird durch Pindelverkehr aufrechterhalten.

Frankreich und die Pfalzfrage.

W.B. Paris, 8. Febr. Die Antwort Frankreichs auf die deutsche Note zur Pfalzfrage wurde gestern überreicht. In seiner Antwort geht Frankreich einer sachlichen Erwiderung aus dem Weg. Die gegen die französischen Behörden gerichteten Beschuldigungen werden wieder als Verleumdung bezeichnet; die französische Regierung verzichtet auf eine Verantwortung der unbegründeten Klagen! Das Pariser Kabinett, „das gewissenhaft den Buchstaben des Vertrages respektiert“, sei, wie in der Vergangenheit, so auch jetzt entschlossen, in die Zwistigkeiten der Deutschen untereinander nicht einzugreifen und wird sich dementsprechend auf keinerlei Unterhandlungen mit der deutschen Regierung über innerdeutsche Fragen einlassen.

Es haben wir es wieder! Auf der einen Seite unverblümte offene Unterstützung des separatistischen Gedankens u. alles dessen, was der deutsche Einsprüche Eintrag tut, auf der anderen Seite die höhnische Ablehnung. Frankreich kümmert sich also nicht um die deutsche Einheit und wird in der Pfalz nach wie vor seine Wählerarbeit weiter verrichten und seine separatistischen Freunde unterstützen.

